



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/00576**  
Datum: 10.02.2015  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Krause, Johannes  
Dr. Meerheim, Bodo

Beratungsfolge	Termin	Status
Jugendhilfeausschuss	05.02.2015	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	17.02.2015	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.02.2015	öffentlich Entscheidung

**Betreff:** gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE / Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II

### Beschlussvorschlag:

1. Es werden zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung von 2 Sozialarbeiterstellen im Sozialraum 2 zur Verfügung gestellt.
2. Diese finanziellen Mittel werden für die Einrichtung von 2 Stellen in der Jugendarbeit eingesetzt. Inhaltlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integration von Flüchtlingen und EU-Bürgern in bestehende Strukturen. Dabei soll mit den vorhandenen Einrichtungen eng zusammengearbeitet werden.
3. Die fachliche Untersetzung und Zuordnung dieser Stellen erfolgt in der Sitzung des Unterausschusses für Jugendhilfeplanung am 17.02.2015.

gez.  
Johannes Krause  
Vorsitzender  
SPD-Fraktion Stadt Halle(Saale)  
(Saale)

gez.  
Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender  
DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle

### **Begründung:**

Der Zuzug einer hohen Zahl rumänischer Familien im Bereich der Silberhöhe hat den Druck auf die vor Ort tätigen Mitarbeiter in offenen Jugendhäusern drastisch erhöht. So besuchen neben den bisherigen Kindern und Jugendlichen zusätzlich viele Kinder aus den Migrantenfamilien diese Einrichtungen.

Einerseits gibt es hier die Möglichkeit des Kennenlernens und einer frühen Integration, andererseits besteht leider auch Konfliktpotential. Zudem gibt es erhebliche Sprachbarrieren. Die sowieso unversorgten Strukturen der präventiven Jugendarbeit können diese zusätzliche Herausforderung mit den bisherigen Mitteln nicht mehr schultern. Hier ist eine dringende personelle Entlastung erforderlich. Zudem besteht die Chance, frühzeitig zu deeskalieren und gegenseitiges Vertrauen zu wecken.